

Biographische Phasen im Transformationsprozeß: von der Neuen Zeit zur Zeit des neuen Fundamentalismus

Mutz, Gerd

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mutz, G. (1996). Biographische Phasen im Transformationsprozeß: von der Neuen Zeit zur Zeit des neuen Fundamentalismus. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 245-258). Frankfurt am Main: Campus Verl.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140671>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Biographische Phasen im Transformationsprozeß

Von der Neuen Zeit zur Zeit des neuen Fundamentalismus

Gerd Mutz

In den bisherigen Publikationen zum Transformationsprozeß¹ in Ostdeutschland wird davon ausgegangen, daß in den Jahren 1989 und 1990 eine *stetige* Phase des sozialen Wandels in Form einer ›verspäteten‹ oder ›nachholenden‹ Modernisierung eingesetzt habe, die langfristig zu einer Anpassung an *moderne*, westliche Lebensverhältnisse führen wird.² Entgegen dieser Sichtweise möchte ich folgende Thesen zur Diskussion stellen: Erstens ist der Transformationsprozeß nicht stetig verlaufen, sondern in Phasen, in denen auf der kognitiven Ebene immer wieder ›Umbrüche‹ und ›Anpassungen‹ stattgefunden haben. Zweitens bin ich der Auffassung, daß der soziale Wandel in Ostdeutschland mit einer Kulturalisierung und Fundamentalisierung sozialer Verhältnisse einhergegangen ist und daß die Modernisierungsprozesse der 90er Jahre – allgemein – *nicht* nach den bekannten Mustern verlaufen. Ich werde in den folgenden Ausführungen drei Phasen nachzeichnen, anhand derer ich versuche, diesen Sachverhalt zu plausibilisieren.

Meine Untersuchungen beruhen auf einer Regionalstudie in einem Arbeitsamtsbezirk in Ostdeutschland, dessen Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsstruktur für die Situation ostdeutscher Arbeitsmärkte exemplarisch ist. In diesem Arbeitsamtsbezirk sind die registrierten Arbeitslosenzahlen weder extrem hoch noch besonders niedrig, auch die Branchen- und Berufsstruktur weist keine Auffälligkeiten auf. Ich habe seit 1990 in Intervallen bis Ende 1993 Interviews mit ostdeutschen Erwerbspersonen durchgeführt, die in dieser Zeit arbeitslos geworden sind (bzw. deren Erwerbsverlauf durch Kurzarbeit-Null, Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen unterbrochen war).

Hoffnungen und Befürchtungen in der Neuen Zeit

Der Arbeitsmarkt war in der ersten Phase im Jahr 1990 von dem Zusammenbruch eines der größten industriellen Fertigungswerke und von den Umbrüchen im gesamten Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich geprägt – eine hohe Anzahl von Erwerbspersonen wurde auf Kurzarbeit-Null gesetzt, ein weiterer Teil in eine der vielfältigen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung geschleust und ein kleiner Teil wurde direkt entlassen bzw. frühverrentet. Wie in den übrigen Regionen der DDR waren Frauen und ältere Erwerbspersonen zuerst und in überproportionaler Zahl von Arbeitslosigkeit betroffen.³ Die Maßnahmen der Arbeitsverwaltung verhinderten aber eine Massenarbeitslosigkeit.

Die ›Stimmung‹ war in der Kreisstadt zu diesem Zeitpunkt recht zuversichtlich. Trotz der einsetzenden Unsicherheit (insbesondere in Bezug auf die Arbeitsplätze) gab es eine Aufbruch- und Aufbaustimmung sowie ein hohes Aktivitätspotential. Die auftretenden Probleme wurden als vorübergehende Startschwierigkeiten interpretiert. Im Hinblick auf die betriebliche Situation gab es immer wieder Spekulationen über den Sanierungsstand des großindustriellen Werkes und Gerüchte über das Engagement japanischer Investoren; darüber hinaus hoffte man auf die angekündigten betrieblichen Neuansiedlungen privater Investoren. Der BRD-Staat war in den Augen der Bürger ein übermächtiger ›Regulator‹, der den Anschub finanzierte, die notwendigen Veränderungen koordinierte und Härtefälle abfederte; es wurde aber auch die Gefahr gesehen, daß staatliche Instanzen die gewonnenen partizipativen Demokratiemomente (direkte Bürgerbeteiligung, Runde Tische) bedrohten.

In den ersten Interviews in den Jahren 1990 und 1991 versuchten die Gesprächspartner, die Alte und zugleich die Neue Zeit in ihrer Differenz zu begreifen. *Veränderungsdiskurse* über die neue biographische Phase bestimmten die Erzählungen. In Bezug auf das sich neu entwickelnde Erwerbsverlaufsregime schauten die ostdeutschen Erwerbspersonen mit ›Bangen und Hoffen‹ auf die Arbeitslosigkeitsraten im Westen. Aber es überwog das Gefühl der Hoffnung, das an den eigenen Fähigkeiten festgemacht wurde. Wer arbeiten wolle und könne, so war die Überlegung, würde auch am Arbeitsmarkt zurechtkommen!⁴ Die Grundstimmung in dieser neuen biographischen Phase hieß aber zunächst einmal *Abwarten*: auf die zugesagten betrieblichen Neuansiedlungen und auf die ›versprochenen‹ staatliche Maßnahmen. Dieses damalige Abwarten ist durchaus nachvollziehbar, weil zwischen Wende und Währungsunion sowie zwischen Währungsunion und Übernahme durch die BRD gerade im Hinblick auf das Erwerbsverlaufsregime *keine* der jeweils gültigen Regelungen mehr die Verbindlichkeit von Institutionen hatten.⁵ Es herrschte ein Durcheinander, auf das man

keine Planungen aufbauen konnte; und diejenigen Erwerbspersonen, die gerade jetzt alte oder auch neue Pläne in Angriff nehmen wollten, sahen sich mal diesen, mal jenen Regelungen gegenüber, die ein rasches beschäftigungsbezogenes Handeln tendenziell behinderten.

Ungewißheit und der Eindruck von sozialer Ungleichheit in der biographischen Wendephase

Das Jahr 1992 markiert den Beginn einer zweiten Phase. Auf der ›objektiven‹ Ebene institutionalisierte sich der Arbeitsmarkt, es wurden Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsstrukturen sichtbar. Die Arbeitslosenquote pendelte sich in dieser Region bei etwa 15 % ein.⁶ Seit 1991 hatte sich die Zahl der Erwerbspersonen, die sich in einer der vom Arbeitsamt geförderten Maßnahmen befand, permanent erhöht, sie überstieg sogar die amtliche Arbeitslosenquote, so daß mehr als ein Drittel der Erwerbspersonen dieses Arbeitsamtsbezirks *nicht* in einem ›regulären‹ Beschäftigungsverhältnis waren.⁷ Der Arbeitsmarkt war weniger von den andauernd ausgegrenzten Langzeitarbeitslosen geprägt (die sind vorwiegend in die Frühverrentung und in die Stille Reserve ›ausgesteuert‹ worden), sondern vielmehr durch eine extrem hohe Arbeitsmarktfuktuation: Im Monatsdurchschnitt wurden rund 20 % der Erwerbspersonen arbeitslos und ca. 13 % verließen auch wieder die Arbeitslosigkeit. Dies deutet darauf hin, daß ein Teil der Beschäftigungsaufnahmen instabil war, und daß sich die Diskontinuität bei einer Vielzahl von Erwerbsverläufen verfestigte – die wiederholte Arbeitslosigkeit kristallisierte sich als *das* Arbeitsmarktproblem heraus.

Die Kreisstadt der Region hatte jedoch ein anderes Gesicht bekommen. Auf den ersten Blick schien sie den Take-off geschafft zu haben: Überall wurde mit öffentlichen und privaten Mitteln gebaut, es gab bereits Großansiedlungen der Konsumgüterbranche, Sanierungskonzepte nahmen Gestalt an, und es bestand kein Zweifel mehr, daß die Stadt Universitätsstadt bleiben würde; unsicher war jedoch weiterhin, wieviele Arbeitsplätze langfristig erhalten blieben. Die umliegenden ländlichen Regionen waren von dieser Entwicklung abgekoppelt – hier war die Zeit stehengeblieben. Gleichzeitig ›kippte‹ das Klima in der Stadt.

Diese zweite Phase wurde in den Gesprächen des Jahres 1992 zur eigentlichen *Wendephase*, in der die gesellschaftlichen Veränderungen kognitiv überhaupt erst als sozialer Wandel erfahren wurden.⁸ Die ostdeutschen Erwerbspersonen brachten sehr prägnant zum Ausdruck, daß es zwar noch das Warten, aber nicht mehr die Hoffnung gab. Ihnen wurde deutlich, daß Kurzarbeit-Null eine

vorübergehende Phase ist, an die sich nicht unbedingt eine Beschäftigung anschließt. Sie meinten allmählich zu durchschauen, daß es in all diesen Maßnahmen um *Warteschleifen* und – aus ihrer Sicht – um *Stillhaltemaßnahmen* ging. Die eigene Situation wurde, sofern sie sich nicht in der Zwischenzeit stabilisiert hatte, als äußerst *ungewiß* beschrieben, denn *noch* arbeitslos zu sein bedeutete, in der ersten Runde über dem Warten den Einstieg bereits verpaßt zu haben. In dieser Wendephase des Jahres 1992 wurde deutlich sichtbar, daß ›alte‹ und ›neue‹ Strukturen im Erwerbsverlaufsregime mit den entsprechenden Anforderungen aufeinanderprallten; es wurde deshalb wichtig, das ›Heute‹ und das ›Früher‹ abwägend und bewertend gegenüberzustellen. Dabei ist auffallend, daß sich die vergangenen DDR-Institutionen und die eigene DDR-Vergangenheit aus der neuen Sicht zu Mythen verklärten.⁹ Während die Jahre 1990 und 1991 eher eine kritische und vor allen Dingen von Zweifeln geprägte Rückschau ermöglichten (oder auch notwendig machten), verfestigte sich im Jahr 1992 *die* Sicht auf *die* DDR-Vergangenheit.

Bei den vielen Vorstellungs- und gescheiterten Einstellungsgesprächen wurde ihnen deutlich, daß es nicht nur darauf ankommt, daß sie arbeiten *wollen* und dies ebenso wie ihre westdeutschen Kollegen auch *können*, sondern daß vielmehr die Vergangenheit in Form eines kohärenten Erwerbsverlaufs relevant wird. Sie sahen sich mit der Anforderung konfrontiert, eine Erwerbsbiographie nach westdeutschem Muster zu erzählen, eine, in der die verschiedenen Wendepunkte als Entscheidungssituationen darzustellen und zu erläutern waren. Diese Anforderungen der beruflichen Selbstrepräsentation entspringen einem in Westdeutschland üblichen Decision-Skript, das das in der DDR herrschende Non-Decision-Skript als Folie des biographischen Erzählens allmählich ablöste (vgl. Mutz 1994b).

Aus dieser vergleichenden Perspektive veränderte sich in den Ost-West-Diskursen auch der Fokus: Soziale Ungleichheit wurde zu einem bestimmenden Thema, weil sich seit Beginn der 90er Jahre Kontexte und Maßstäbe verändert hatten und vor allen Dingen Ungerechtigkeiten im Vergleich mit den Westdeutschen (immer noch) sichtbar waren.¹⁰ Sie kritisierten weniger die marktwirtschaftlich-kapitalistischen Aspekte der sich neu herausgebildeten Arbeitsmarktstrukturen, sondern die ›ungerechte‹ Partizipation an Sozial- und Transferleistungen,¹¹ und somit waren es aus Sicht der ostdeutschen Erwerbspersonen wieder die staatlichen Institutionen, die bei der Verteilung öffentlicher Leistungen versagten.

Die entstandenen Ungleichheitsdiskurse in der Wendephase waren an die politischen Institutionen adressiert, die schon in dem ersten Wahlkampf in der DDR von ›blühenden Landschaften‹ (als eine Metapher für das Bild von einer

nachzuholenden Modernisierung) sprachen und mit dem Einsatz der staatlichen Treuhandgesellschaft auch die Arbeitskraftumverteilung übernommen hatten. Die Treuhandanstalt entschied aber weder eindeutig nach marktwirtschaftlichen noch nach politischen Kriterien, und sie wurde bis zu ihrer Auflösung auch nicht von der Öffentlichkeit kontrolliert. Die Treuhand fungierte gleich einem ideellen staatlichen Gesamtbetrieb und funktionierte damit ähnlich wie die Gesamtheit der früheren DDR-Betriebe. Aus Sicht der ostdeutschen Erwerbspersonen war die Treuhand ein Geheimregime,¹² dessen Strukturen ihnen einerseits vertraut waren, das aber andererseits nicht Sicherheit, sondern soziale Unsicherheit produzierte. Dies bedeutete, daß auch in der Wendephase erschwerte Bedingungen *hergestellt* wurden, die eine Herausbildung neuer, stabiler Erlebnis- und Erfahrungsmuster in bezug auf das Erwerbssystem *verhinderten*; die Unkalkulierbarkeit dieser Entscheidungen provozierte nahezu permanente ›Irrtumssituationen‹.¹³ Die häufig beklagte Versorgungsmentalität der Ostdeutschen¹⁴ ist aus dieser Perspektive soziologisch nachvollziehbar, weil insbesondere im Hinblick auf die Arbeitskraftverteilung die Herausbildung marktwirtschaftlicher Strukturen verhindert wurde. Aber auch dies heißt *nicht*, daß sich Ostdeutsche ›von Haus aus‹ lieber von einem starken Staat versorgen lassen wollten, sondern daß gesellschaftlich vertraute Deutungsmuster vorhandenen waren, die in Ungleichheitsdiskursen zur Selbstthematisierung verwendet werden konnten.¹⁵

Fundamentalisierung der sozialen Verhältnisse in der Konsolidierungsphase

In den Jahren 1993 und 1994 war die betreffende Kreisstadt der Region für den Beobachter kaum wiederzuerkennen; zumindest der Innenstadtkern hatte sich vollständig zu einem modernen Zentrum gewandelt. Die ökonomische Struktur hatte sich durch weitere Industrie- und Dienstleistungsansiedlungen und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur verfestigt – das gleiche galt für die Arbeitslosenquoten. Die Arbeitskraftumverteilung durch die Treuhandgesellschaft wurde Mitte 1994 eingestellt. Die in den Sanierungskonzepten zugesagten Beschäftigungszahlen wurden in aller Regel nicht eingehalten; so kam es auch in diesen beiden Jahren nochmals zu Entlassungswellen. Die vielfältigen Maßnahmen der Arbeitsverwaltung wurden stark eingeschränkt. Auch die räumlichen Disparitäten hatten sich verschärft: Das außerhalb liegende Neubaugebiet der Kreisstadt wurde zu einem sozialen Problemgebiet, in den anderen Außenbezir-

ken schien es trotz neuer Anstriche, Umbauten und Infrastruktureinrichtungen nicht recht weiterzugehen, und in den ländlichen Regionen waren die Arbeitslosenquoten höher als die Beschäftigungsquoten. In dieser dritten Phase konsolidierten sich die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen, es gab nicht mehr die Entwicklungsschübe wie in der Anfangszeit. Das soziale Klima in der Stadt war nicht eindeutig: In gewisser Weise schien sich alles etwas beruhigt zu haben, es passierte nichts wirklich Neues.

Die Interviews aus dieser Phase zeigten denn auch eher, daß sich die Erwerbspersonen mit der Situation abgefunden hatten. Ihnen war deutlich geworden, daß Kurzarbeit-Null und all die anderen Warteschleifen nun vorbei waren. Die Arbeitslosigkeit bzw. die Arbeitslosen waren zu einer Institution geworden, und es wurde auch deutlich, daß sich das Feld ausdifferenziert hatte: Unter den Jetzt-Arbeitslosen waren zum einen jene, die bislang in einer Beschäftigung geblieben waren, nun aber erstmals arbeitslos wurden; der zahlenmäßig größte zweite Personenkreis bestand aus Erwerbspersonen, die zum wiederholten Male arbeitslos geworden waren; schließlich kristallisierte sich eine dritte Gruppe heraus, die seit 1990 bzw. 1991 keinen Zugang mehr zum Beschäftigungssystem gefunden hatte.

Unabhängig von diesen konkreten Ausprägungen bestätigten alle interviewten Erwerbspersonen, daß es ihnen insgesamt seit Beginn der Neuen Zeit besser ginge, was sie insbesondere an der materiellen Ausstattung sowie der Gebrauchs- und Konsumgüterversorgung festmachten. Allerdings beklagten sie die große soziale Unsicherheit und, daß sie ihre Vorstellungen von einem Sozialstaatsmodell gesellschaftspolitisch nicht einbringen konnten, und daß sie *diesen* Wandel in der Form so nicht wollten. Somit verschärften und transformierten sich die Ost-West- und die Ungleichheitsdiskurse.

Zur Verschärfung trug bei, daß nicht nur Westdeutsche als ›Wendegewinner‹ wahrgenommen wurden, sondern daß sich auch unter den ostdeutschen Erwerbspersonen eine Schere zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen aufgetan hatte. Somit ergab sich in den Ungleichheitsdiskursen eine zweifache Brechung: die bekannte Erfahrung, immer noch nicht den Westdeutschen gleichgestellt zu sein¹⁶, und die neue Erfahrung, daß andere Ostdeutsche den Wiedereinstieg geschafft hatten. Transformiert hatte sich damit auch die Semantik, in der Ungleichheit zum Ausdruck gebracht wurde, denn sie erschien nicht mehr als eine soziale Problematik, sondern als eine kulturelle. In den kulturalisierten Ungleichheitsdiskursen ging es um sogenannte Mentalitäten und um die ›ewigen‹ Gewinner und Verlierer in allen Systemen.

Diese Transformation von sozialer Ungleichheit in eine kulturell begründete Ungleichheit bleibt nicht folgenlos. Wenn von Ungleichheit als einem *sozialen*

Phänomen die Rede ist, dann bewegen wir uns auf der Ebene von sozialen Regeln und Normen. Diese stellen konkrete gesellschaftsgebundene Problemlösungen dar, über die im Hinblick auf die ›bessere‹ soziale Ordnung ›gestritten‹ werden kann; dies war insbesondere in dem Jahr 1992 der Fall, als in der biographischen *Wendephase* um die richtigen (und gerechten) Regeln und Normen der Arbeitskräfteverteilung gerungen wurde. Wird hingegen die *kulturelle* Dimension von Ungleichheit betont, dann ist die gesellschaftliche Ordnung in ihrem *Bestand* ungerecht, und sie bleibt nachhaltig gestört, weil feststehende kulturelle Eigenschaften (zumindest auf kurze Sicht) nicht durch Regel- und Normänderungen beeinflußbar sind. Konkret: Sofern Lohnungleichheiten als ein ungerechtes Ergebnis von Arbeitgeber- und Gewerkschaftshandeln kodiert werden, ist dies ein Ereignis, das auf eine notwendige soziale Regulierung verweist; wenn Lohnungleichheit als Ergebnis von feststehenden *kulturellen Eigenheiten* interpretiert wird, dann ist unklar, wie soziale Regulierungen greifen sollen. Kulturalisierung sozialer Ungleichheiten bedeutet zugleich eine *Fundamentalisierung* sozialer Konflikte: Die ›Kluft‹ zwischen West- und Ostdeutschen sowie Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen wird größer.¹⁷

Kulturalisierung als gesellschaftliches Phänomen

Der soziale Wandel – auch ›in den Köpfen‹ – scheint noch lange nicht abgeschlossen, aber in den vergangenen fünf Jahren ist bereits deutlich geworden, daß *diese* Modernisierung vor allen Dingen zu sozialen Unsicherheiten und biographischen Ungewißheiten geführt hat. Der soziale Wandel, der in erster Linie ein ökonomisch und politisch getragener Prozeß war, hat die gewachsenen kulturellen Traditionen der DDR-Gesellschaft ›überrannt‹. Gemeint ist hier, daß die DDR – insbesondere was das Erwerbssystem anbelangt – eine *sichere* Gesellschaft war, in der mit relativ geringem Risiko langfristige individuelle Lebensplanungen möglich waren. Mehr als westliche Gesellschaften war die DDR eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit nicht ausging, und es gehörte zum zentralen kulturellen Bestand, daß sich die Erwerbspersonen um ihre materielle Absicherung durch Erwerbsarbeit nicht hatten zu sorgen brauchen.

Auch in der alten BRD gab es in den Nachkriegsjahren zweifellos eine vergleichbare Phase, die sich aber als ein ›*Traum*‹ immerwährender Prosperität und Stabilität herausstellte (Lutz 1984). Erst nach dieser Phase wurde in der BRD deutlich, daß nicht jeder ökonomische Aufschwung automatisch zur Vollbeschäftigung führt. Modernisierung in der alten BRD bedeutete, daß es 20

Jahre lang steigenden Wohlstand *und* steigende soziale Sicherheit gab; erst danach verlangsamte sich die Wohlstandssteigerung und damit auch der Anstieg der sozialen Leistungen.

Ostdeutsche erlebten die Prosperitätsphase *gleichzeitig* als eine Unsicherheitsphase, die zeitgerafft innerhalb von fünf Jahren stattfand. Es gibt in ihrer Wahrnehmung zweifellos eine relativ breit gestreute Wohlfahrtssteigerung, aber es gibt *zugleich* die nachhaltige Verunsicherung, ob man nach einer Diskontinuitätsphase den Wiedereinstieg schaffen und ob man nicht irgendwann erneut arbeitslos werde. Während Modernisierung in der alten BRD bedeutete, daß soziale (und auch regionale) Disparitäten im Vergleich zur Ausgangssituation der Nachkriegsjahre geringer wurden, ist dies aus Sicht der Ostdeutschen jetzt genau umgekehrt: Erst mit dem sozialen Wandel entsteht eine neue Form der sozialen Ungleichheit, die es *so* früher nicht gegeben hatte. Dieses Modernisierungsmuster ist neu, weil in den 90er Jahren ökonomische Prosperität und steigende soziale Sicherheit nicht positiv miteinander korrelieren.

Von Bedeutung ist darüber hinaus die Einschätzung, daß sich der Modernisierungsprozeß nicht *in* ihrer Gesellschaft *mit* den DDR-Bürgern entwickelte, sondern daß er ohne Rücksicht auf die besonderen Gegebenheiten in der DDR von *außen* kam; der soziale Wandel wurde als eine fremdbestimmte »Modernisierungshetzjagd« erlebt (Offe 1994, 261). Der Zwang zur bloßen Übernahme des »Modells Deutschland« ohne benennbare Alternativen verfestigte die Sicht, daß man heute ebenso wie früher keine Möglichkeiten habe, die konkrete Ausgestaltung eines neuen gesellschaftlichen Normen- und Regelgefüges mitzugestalten. Dies wird wiederum als eine DDR-typische soziale Basiserfahrung interpretiert.

Der hier beschriebene soziale Wandel, für den zunächst eine »institutionenfreie« Zeit, dann ein von außen einsetzender Reinstitutionalisierungsprozeß charakteristisch ist, hat zwangsläufig zur Folge, daß kulturelle Hintergrundüberzeugungen nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich thematisiert werden *müssen*. »Kultur ist im Normalzustand eine latente Hintergrundgröße. Erst wenn sie in ihrem eigenen Geltungsbereich strittig wird, nimmt ihre Sichtbarkeit zu« (Neidhardt 1986, 17). Erstaunlich für die erste Phase ist jedoch, daß Ostdeutsche implizit von einem zwischen West- und Ostbürgern gemeinsam geteilten kulturellen Horizont ausgegangen sind, in dem sie die Möglichkeit sahen, neue Aktivitäten zu entfalten; die Kulturalisierung sozialer Issues tritt erst in der dritten Phase ein. Dies ist meines Erachtens damit zu begründen, daß bereits in der »alten« BRD der 80er Jahre die symbolisch vermittelten kollektiven Sinnkonstruktionen brüchig und damit diskursfähig geworden waren.¹⁸ Daraus ist zu schließen, daß die Kulturalisierung sozialer Sachverhalte keine »Erfindung« der Ostdeutschen ist, sondern daß es sich vielmehr um gesellschaftliche Deu-

tungsfolien handelt, die ›in der Luft‹ lagen; Ostdeutsche verwenden mithin kulturell eingefärbte Deutungsmuster, die ihren Ursprung in der westdeutschen Gesellschaft haben. Damit handelt es sich also nicht um ein spezifisches Ost-West-Problem, auch nicht um einen deutschen ›Sonderweg‹ zur Lösung sozialer Konflikte (Hornstein & Mutz 1993).

Kulturelle Praktiken sind »strukturbildend und strukturabhängig zugleich« (Rehberg 1986, 107). Dies bedeutet, daß einerseits Strukturveränderungen – wie hier skizziert – rekonstruierbar sind, die die biographischen Diskurse in den drei Phasen *erklären* können. Insofern ›entsprechen‹ die Symbolisierungen in den Interviews dem sozialen Wandel auf der Strukturebene. Andererseits zeigten insbesondere die zweite und dritte Phase das Bemühen der Ostdeutschen, dem rasanten Tempo der Umbrüche kognitiv (und mit einem entsprechenden timelag) zu folgen *und* sich gleichzeitig rückschauend der eigenen Geschichte und der eigenen Identität zu versichern – dies führt zu einer oft widersprüchlichen Zerrissenheit zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunftsgestaltung. Somit scheint zumindest für diese Phase das »Entsprechungsverhältnis« (Pollack 1992, 272) von Sozialstruktur und Kultur ›auseinandergefallen‹ zu sein. Zusätzlich *bleiben* die Differenzen zwischen West- und Ostdeutschen im Hinblick auf die inkorporierte Kultur, und es sind eben diese Differenzen, die wiederum strukturbildenden Charakter haben: auch die ›neue‹ BRD wird sich weiterhin verändern.

Meine weitergehende These ist, daß wir es mit einem neuen Modernisierungsmuster zu tun haben, das nicht nur in Ostdeutschland sichtbar ist, sondern in allen osteuropäischen und südostasiatischen Staaten, in denen ein Modernisierungs-Take-off zu beobachten ist. Modernisierung in Form von Durchkapitalisierung aller Märkte bedeutet zweifellos, daß damit zunächst einmal eine lang andauernde ökonomische Prosperitätsphase eingeleitet wird, an der die Bürger aber nur ungleich partizipieren. Dies bedeutet, daß *neue* soziale Disparitäten entstehen, die bislang unbekannt waren, und die *sozial* einreguliert werden müssen. Die Prosperitätsphasen der 90er Jahre sind aber sehr viel fragiler als die früheren Industrialisierungsphasen, weil sie in einem System weltweit interdependenter Märkte stattfinden. Diese Instabilität bedeutet, daß ein hoher Sozialkostenanteil zur Regulierung sozialer Disparitäten die Prosperität selbst gefährden würde. Die oft politisch induzierten Modernisierungsprozesse der 90er Jahre sind folglich von ökonomischer Prosperität *und* gleichzeitiger Zunahme sozialer Unsicherheit gekennzeichnet, die es geradezu nahelegen, auf kulturelle Gewißheiten zurückzugreifen. Wir haben es somit letztlich – weltweit – nicht mit säkularisierenden, sondern mit kulturalisierenden Modernisierungsprozessen zu tun.

Anmerkungen

- 1 Zur Begriffsbestimmung vgl. Mayer (1994) und Reißig (1993); zur modernisierungstheoretischen Interpretation des Transformationsprozesses in Ostdeutschland vgl. Offe (1994) und Peter (1993, 1994). Siehe auch die Überlegungen von Bauman bei der Begriffsbestimmung von *Revolution* (1993, 157ff).
- 2 Es wird unterstellt, daß sich in der DDR individualisierende Muster der Lebensführung nicht in dem Maße durchgesetzt hätten, wie dies für moderne Gesellschaften kennzeichnend sei – die Rede ist von »blockierter Modernisierung« (Woderich 1991), von »halbmoderne(r) Gesellschaft« (Koch 1991), von »arglose(r) Modernität« (Schmidt 1991) oder von der »Provinzialität« des »Heimatum DDR« (Scherer 1991). Die genannten Autoren distanzieren sich meistens von diesen Bezeichnungen, verwenden sie aber in ihrer Argumentation – allein dies ist entscheidend, weil es um die Deutungsangebote geht, die seit Beginn der 90er Jahre den Diskurs um West-Ost-Differenzen bestimmen. Engler spricht gar von einer »zivilisatorischen Lücke« und von der *ungewollten* Moderne, die sich durch das »Diktat der Verfügbarkeit« entwickelt habe (1992, 163; vgl. auch 1991). Joas & Kohli plädieren mit »guten Gründen« für eine »Renaissance der Modernisierungstheorien« (1993, 24).
- 3 Genaue amtliche Zahlen über diesen Arbeitsamtsbezirk gibt es für diesen Zeitraum nicht, da die Arbeitsverwaltungen erst später mit der statistischen Erfassung begonnen haben; die hier aufgeführten Angaben beruhen daher auf Schätzungen.
- 4 Zur Bedeutung des Leistungsprinzips bei Ostdeutschen vgl. Noll (1992) und Thaa (1989), zur »Arbeitsmoral« siehe Pollack (1992).
- 5 Offe weist auf die Folgen des Fehlens »der nicht-institutionellen Voraussetzungen von Institutionen« hin (1991, 81).
- 6 Die monatlichen *Zugangszahlen* für diesen Arbeitsamtsbezirk zeigen, daß weibliche Erwerbspersonen auch noch im Jahr 1992 mit einer wesentlich höheren Wahrscheinlichkeit als männliche Erwerbspersonen arbeitslos wurden (bei Frauen war die Zugangsquote knapp 20 %, bei Männern etwas mehr als 10 %; vgl. Monats- und Jahresberichte des Arbeitsamtsbezirks 1992).
- 7 Davon befanden sich 40 % in Kurzarbeit, 30 % in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und ebenfalls 30 % in Qualifikationsmaßnahmen.
- 8 Reißig sieht einen »Wandel in der Stimmungslage« (1993: 21) bereits im Frühjahr 1991 und macht dies an den massenhaften betrieblichen Zusammenbrüchen und den ansteigenden Arbeitslosenzahlen fest. Die »objektiven« Daten belegen zwar Reißigs Sicht, aber auf der *biographischen* Ebene, auf der es um die Frage geht: »Was bedeuten diese Veränderungen für meinen individuellen Erwerbsverlauf?«, treten Wendediskurse erst 1992 auf. Auch Zapf registriert den »Zukunftsschock« (1994, 8) in Ostdeutschland bereits in den Jahren 1990/1991; die Sorge um eine ungewisse Zukunft setzt nach meinen Materialien erst 1992 ein.
- 9 Das Mythologisieren der DDR-Institutionen und der eigenen DDR-Vergangenheit ist keine feststehende Eigenschaft, keine psychische Verarbeitungsstrategie oder ein Mentalitätssyndrom der DDR-Bürger, sondern erklärbar aus den strukturellen Ent-

wicklungen der Vorjahre (zur Mentalitätsforschung vgl. die Arbeiten von Woderich, beispielsweise: 1991, 1992). Pollack beschreibt die Entwicklungslinien zu einer »DDR-Nostalgie« (als eine »rückwärts gewandte Identität«), die durch eine »überscharfe Schematisierung der West-Ost-Differenz« entsteht (1992: 279). Die typisierende Mythenbildung ist meines Erachtens *kein* »Simplifizieren als Sehnsucht und Suche nach einfachen Lösungen und Antworten« (Koch 1991), sondern *eine* Form, Vergangenheit und Gegenwart kohärent und konsistent aufeinander zu beziehen (vgl. ausführlich: Mutz 1994a, b, 1995a, b; zur mythischen Bearbeitung der Differenz von Vergangenheit und Zukunft s.a. Pollack 1990). Lange (1993) weist zu Recht auf die Grenzen des Mentalitätsansatzes hin.

- 10 Dies ist meines Erachtens auch der Grund für die häufig festgestellte Diskrepanz zwischen den verbesserten »objektiven« Lebensbedingungen und dem nur mäßig ansteigenden Wohlfahrtsempfinden – vgl. beispielsweise: Zapf (1993, 1994). Zur »Legitimität: sozialer Ungleichheit vgl. Noll (1992). Offe spricht treffend von einer »konditionierten Unzufriedenheit« (1994: 107).
- 11 Wichtig war ihnen das ungerechte Verteilungsergebnis, die Verteilungsprinzipien wurden nicht grundsätzlich in Frage gestellt – vgl. Mutz (1995b) und Noll (1992).
- 12 Hier sei darauf verwiesen, daß es »objektiv« schwierig ist, das Handeln der Treuhand zu rekonstruieren, weil die Treuhandprotokolle unter Verschuß gehalten werden.
- 13 Zur Deutungs- und Handlungsgewißheit in der Wendephase vgl. ausführlich: Mutz (1994b, 1995b); s.a. Berger (1992).
- 14 »Man erwartet und verlangt von ihnen (den Regierenden – Anm. G.M.) nicht mehr, aber auch nicht weniger als Wunder« (Engler 1992: 35); auch Offe spricht von einer generalisierten »Forderungshaltung« (Offe 1991: 82). Vgl. auch Koch: »Autoritäten von außen sollen es richten« (1991: 91).
- 15 Auch bei westdeutschen Erwerbspersonen ist ein *Typus* mit einer *sozialstaatlichen* Handlungsorientierung rekonstruierbar (Mutz et al. 1995).
- 16 Dies ist für DDR-Bürger eine höchst vertraute Erfahrung, weil es zu DDR-Zeiten immer ein kollektives »Minderwertigkeitsgefühl« im Vergleich mit der »Referenzgesellschaft« (Engler 1992: 78) BRD gab. Koch (1993) analysiert aufschlußreich die unterschiedlichen Dimensionen des Deutungsschemas »Bürger zweiter Klasse«. Die Revitalisierung kollektiver DDR-Identitäten hat weniger mit Mentalitätsanpassungen zu tun, wie Woderich (1992) vermutet, als mit deutlichen Differenzen auf der strukturellen Ebene.
- 17 Anzumerken ist, daß es nicht nur um eine aktuell erlebte soziale Ungleichheit geht, sondern um die Gefahr, daß es anderen besser gehen könnte; teilweise kulturalisieren jene, die rasch eine Wiederbeschäftigung gefunden haben und deren Wohlfahrtsniveau deutlich gestiegen ist, soziale Ungleichheit stärker als arbeitslose Erwerbspersonen, die »objektiv« in einer sehr ungewissen Situation sind. Zur Faktizität und Antizipation sozialer Ungleichheit vgl. Srubar (1991).
- 18 Die Kulturalisierung sozialer Sachverhalte ist in der Soziologie rasch wahrgenommen und analysiert worden; vgl. die Beiträge im Sonderheft 27 der KZfSS (Neidhardt et al. 1986) und in Haferkamp (1990); siehe beispielsweise auch: Esser (1988), Nassehi (1990) und Steiner-Khamsi (1990).

Literatur

- Bauman, Zygmunt (1993), Auf der Suche nach der postkommunistischen Gesellschaft – das Beispiel Polen, in: *Soziale Welt* 1993: 157-176.
- Berger, Peter A. (1992), »Was früher starr war, ist nun in Bewegung« – oder: Von der eindeutigen zur unbestimmten Gesellschaft. In: Michael Thomas (Hg.): *Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen – Ansätze – Analysen.* Berlin.
- Engler, Wolfgang (1991), Die ungewollte Moderne. Vom Wohnpalast zum Normidyll. In: *Freibeuter* 1991: 71-77.
- Engler, Wolfgang (1992), Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus. Frankfurt a. M.
- Esser, Hartmut (1988), Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Soziologie* 1988: 235-248.
- Haferkamp, Hans, Hg. (1990), *Sozialstruktur und Kultur.* Frankfurt a. M.
- Hornstein, Walter/Gerd Mutz (1993), Die europäische Einigung als gesellschaftlicher Prozeß. Soziale Problemlagen, Partizipation und kulturelle Transformation. Baden-Baden.
- Joas, Hans/Martin Kohli, Hg. (1993), *Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen.* Frankfurt a. M.
- Koch, Thomas (1991), Deutsch-deutsche Einigung als Kulturproblem: Wird die Bundesrepublik in Deutschland aufgehen? In: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaeßner (Hg.): *Das Ende des Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit.* Berlin.
- Koch, Thomas (1993), Die Ostdeutschen zwischen Einheitsschock und »doppeltem Zukunftshorizont« – Deutungs- und Handlungsmuster sozialer Akteure im Transformationsprozeß. In: Rolf Reißig (Hg.): *Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland.* Frankfurt a. M./New York.
- Lange, Hellmuth (1993), Deutsch-deutsche Mentalitätsdifferenzen und die begrenzten Perspektiven ihrer Überwindung im Einigungsprozeß. In: *BISS public* 1993: 97-106.
- Lutz, Burkhardt (1984), *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts.* Frankfurt a. M./New York.
- Mayer, Karl Ulrich (1994), Von der Transformationstheorie zur Transformation oder umgekehrt? In: *BISS public* 1994: 25-31.
- Mutz, Gerd (1994a), Unterbrechungen im Erwerbsverlauf und soziale Ungleichheit. In: Michael M. Zwick (Hg.): *Einmal arm, immer arm? Neue Befunde zur Armut in Deutschland.* Frankfurt a. M./New York.
- Mutz, Gerd (1994b), Biographische Kontinuität im Transformationsprozeß. Ein wissenschaftlicher Beitrag zur Biographieforschung. (Unveröffentlichte Habilitationsschrift)
- Mutz, Gerd (1995a), Institutionalisierung reflexiver Erwerbsbiographien in West- und Ostdeutschland. Erwerbsbiographische Stabilität und Kontinuität. In: Erika M. Hoerning/Michael Corsten (Hg.): *Institution und Biographie. Die Ordnung des Lebens.* Pfaffenweiler.

- Mutz, Gerd (1995b), Erwerbsbiographische Diskontinuitäten in West- und Ostdeutschland. Eine Systematisierung ungleichheitsrelevanter Deutungsmuster. In: Peter A. Berger/Peter Sopp (Hg.): Sozialstruktur und Lebenslauf. Opladen.
- Mutz, Gerd, Wolfgang Ludwig, Wolfgang Bonß, Klaus Eder & Elmar J. Koenen (1995), Diskontinuierliche Erwerbsverläufe. Analysen zur postindustriellen Arbeitslosigkeit. Opladen.
- Nassehi, Armin (1990), Zum Funktionswandel von Ethnizität im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung, in: Soziale Welt 1990: 261-282.
- Neidhardt, Friedhelm (1986), »Kultur und Gesellschaft«. Einige Anmerkungen zum Sonderheft. In: Friedhelm Neidhardt u.a. (Hg.): Kultur und Gesellschaft. Sonderheft 27 der KZfSS. Opladen.
- Neidhardt, Friedhelm/M. Rainer Lepsius/Johannes Weiß, Hg. (1986), Kultur und Gesellschaft. Sonderheft 27 der KZfSS. Opladen.
- Noll, Heinz-Herbert (1992), Zur Legitimität sozialer Ungleichheit in Deutschland: Subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen. In: Peter Ph. Mohler/Wolfgang Bandilla (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 2. Einstellungen und Verhalten der Bundesbürger in Ost und West. Opladen.
- Offe, Claus (1991), Die deutsche Vereinigung als »natürliches Experiment«. In: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung. Berlin.
- Offe, Claus (1994), Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt a. M./New York.
- Pollack, Dieter (1990), Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: Zeitschrift für Soziologie 1990: 292-307.
- Pollack, Dieter (1992), Sozialstruktur und Mentalität in Ostdeutschland. In: Meyer, Hansgünter (Hg.): Soziologen-Tag Leipzig 1991. Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Berlin.
- Pollack, Dieter (1993), Religion und gesellschaftlicher Wandel. Zur Rolle der evangelischen Kirche im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR. In: Joas, Hans/Martin Kohli (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M.
- Reißig, Rolf (1993), Transformationsprozeß Ostdeutschlands. Entwicklungsstand – Konflikte – Perspektiven. In: Rolf Reißig (Hg.): Rückweg in die Zukunft. Über den schwierigen Transformationsprozeß in Ostdeutschland. Frankfurt a. M./New York.
- Scherer, Klaus-Jürgen (1991), Gab es eine DDR-Identität? In: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaeßner (Hg.): Das Ende des Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin.
- Schmidt, Hartwig (1991), Wertwandel in einheimischen und westlichen Lebenswelten. In: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaeßner (Hg.): Das Ende des Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin.
- Srubar, Ilja (1991), War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1991: 415-432.

- Thaa, Winfried (1989), Die legitimatorische Bedeutung des Arbeitsparadigmas in der DDR. In: Politische Vierteljahresschrift 1989: 94-113.
- Woderich, Rudolf (1991), Anpassung und Eigensinn in der Ästhetik des Alltags. In: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaesner (Hg.): Das Ende des Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin.
- Woderich, Rudolf (1992), Mentalitäten im Land der kleinen Leute. In: Michael Thomas (Hg.): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Erfahrungen – Ansätze – Analysen. Berlin.
- Zapf, Wolfgang (1993), Die DDR 1989/1990 – Zusammenbruch einer Sozialstruktur? In: Joas, Hans/Martin Kohli (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen. Frankfurt a. M.
- Zapf, Wolfgang (1994), Zur Theorie der Transformationen. In: BISS public 1994: 5-9.